Völkischer Beobachter

und Deutschwirtschaftszeitung

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag, Samstag. Bezugspreis: Jährlich 40 M., halbjährl. 20 M., vierteljähr. 10 M. Postscheckkonto München 11346. Einzelpreis 30 Pf.

Geschäftsstelle: Thierschstr. 15, Fernruf 20647. Geschäftszeit 8—4. Samstag 8—1 Uhr. — Sprechstunde der Geschäftsleitung 9—11 Uhr. Schriftleitung: Schellingstr. 41. Fernruf 20647. Sprechstunde Montag mit Freitag 4—5 Uhr.

Anzeigenpreis: die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen brutto M. 1.20 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.—. Finanzanzeigen netto M. 1.20. Familienanzeigen 80 Pf. Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 70 Pf.

Süddeutscher Beobachter / Münchener Beobachter / Deutschvölkischer Beobachter

Nummer 34 | München, Dienstag, den 20. Ostermond (April) 1920 | 34. Jahrgang

F. M. J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Währung und Valuta.

Aus dem Inhalt.

Währung.
Eine zeitgemäße Urkunde.
Baltikum „verbrecher".
Jüdischer Luxus.
Wege zur Steuerhinterziehung.

Währung und Valuta.

Von Guido Roeder.

Die ständige Entwertung des Zahlungsmittels, wie sie sich jetzt mit zunehmender Beschleunigung vor jedermanns Auge zu jedermanns Schaden zeigt, lenkt das allgemeine Interesse mehr auf Fragen, die sonst nur in den Studierzimmern der Wissenschaft oder in den Beratungszimmern der Regierungskörper zur Sprache kamen. Durch die täglichen Erfahrungen gewitzigt, mußte schließlich jeder Nachdenkende zu der Überzeugung kommen, daß nicht allein die Menge des vorhandenen Geldes ausschlaggebend für den Wohlstand sei, sondern daß ihr auch ein entsprechender Bestand an greifbaren Werten gegenüberstehen müsse. Langsam dämmerte und dämmert jetzt die Erkenntnis, daß Geld, besonders Papiergeld, nicht an sich wertvoll, sondern nur dann, wenn es sich als Zahlungsmittel der Menge nach in einem gewissen Verhältnis zum Kaufgegenstand befindet. Der von vielen Seiten ergehende Ruf nach Werte schaffender Arbeit ist daher auch von diesem Gesichtspunkte aus vollauf berechtigt. Der Wert des Geldes sinkt mit dem Warenbestand. Falsch ist es allerdings, wenn man der Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit vorwirft, sie habe nur aus Geldgier gefordert, ja, ihre Forderungen seien überhaupt, wie sich jetzt erwiese, unsinnig, weil undurchführbar. Im Grunde genommen hat der besonnene Arbeitnehmer nie „mehr Geld", sondern einen größeren Anteil am Arbeitsertrag gefordert. Es war ein Kampf um ein Beteiligungsverhältnis in der Arbeitsgemeinschaft, dessen Lösung auf einen Kampf um die Dividende herauskommt. (Näheres darüber in Nr. 74 des „Völkischen Beobachter" unter „Sozialisierung — ein Kampf um die Dividende".) Die reine Geldfrage ist bei Lohnstreitigkeiten und für gewöhnlich auch sonstigen wissenschaftlichen Erörterungen über Lohnfragen gar nicht aufgeworfen worden. Erst der eingangs erwähnte Vorgang der Geldentwertung rückt ihre Bedeutung mehr in den allgemeinen Gesichtskreis.

In der Geldfrage treten nun zwei Begriffe besonders hervor, d. i. **Währung und Valuta.**

Von der Valuta redet heute fast ein jeder als von etwas längst bekanntem. Wird gesagt, daß die Valuta mit der Kaufkraft des Geldes im Ausland zusammenhängt, so mag ein gewisses Verständnis als erwiesen gelten. Die Frage nach der Währung dürfte dagegen mit der Antwort abgetan werden: Wir haben die Goldwährung. Dieser Auffassung soll hier entgegengetreten werden, allerdings nur unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse, nicht eventueller gesetzlicher Festlegungen.

Vor allem bedarf es einer Erklärung des Begriffs Währung. Es liegt für den der Frage ferner stehenden die Gefahr vor, Münzeinheit und Münzstoff zu verwechseln. Man hört daher ebensooft von einer Mark-, Kronen-, Franken- usw. Währung reden, wie von Gold-, Silber-, Papier- usw. Währung. Demnach müßten also überall zwei Währungen gleichzeitig vorhanden sein, ein Unding. Wohl sind Münzeinheit und Münzstoff nicht voneinander trennbar. Was ist nun Währung...

Die Münzeinheit stützt sich auf eine bestimmte Maßeinheit des Münzstoffes, so z. B. die Mark nach dem Reichsbankgesetz vom Jahre 1875 auf das Gold im Verhältnis, 1 Pfund Gold = 1392 Mark. In diesem Falle der reinen Goldwährung müßte also jeder Gegenstand, der 1392 Mark kostet, den Wert eines Pfundes Gold besitzen. Daß dieses Wertverhältnis nicht mehr besteht, weiß ein jeder. Wodurch mag nun der Wert der Mark gemindert worden sein....

Stützte sich die Münzeinheit Mark immer noch auf die Maßeinheit 1/1392 Pfund Gold, so wäre eine Entwertung nicht erfolgt. An Stelle des Goldes trat jedoch das Papier. Seine Ausgabe blieb zwar bis zum Kriegsausbruch in bestimmter Form an die vorhandene Goldmenge gebunden, und es bestand im Einzelfalle die Möglichkeit des Eintausches von Papier gegen Gold, jedoch mit zunehmender Notenausgabe, insbesondere auch von Darlehenskassenscheinen und städtischem Notgeld schwand die Gleichheit von Papiermarkwert zu Goldmarkwert immer mehr und heute werden für 20 Mark in Gold 500 Mark Papier gezahlt. Wir ersehen also, daß die Münzeinheit Mark ganz verschiedene Werte darstellt, je nach dem Münzstoff, den sie sich zum Träger ausersehen, und zwar insbesondere, weil, wie weiter oben gesagt, der Wert des Geldes abhängig von seinem Mengenverhältnis zum Kaufgegenstand ist. Hinzu kommt, daß der Gegenstandswert des Papiergeldes gleich Null, der des Goldgeldes sehr beträchtlich ist. Die von zweierlei Münzstoffen getragene Werteinheit wird daher nur so lange in beiden Formen die gleiche Kaufkraft haben, bis der Stoffwert des stofflich wertvolleren Wertstoffes geringer als der Münzwert ist. Mit anderen Worten gesagt, 20 Mark in Gold werden nur so lange — 20 Mark in Papier gelten, als der mit 20 Papiermark erworbene Gegenstand gleich wertvoll erscheint wie ein 20-Markstück in Gold. Wird die Wertgrenze unterschritten, so läßt sich wohl die Auffassung der Wertgleichheit noch einige Zeit durch Täuschung, Zwang u. a. aufrechterhalten, doch bald wird sich zeigen, daß das Vertrauen der Gesamtheit in die Münzeinheit je nach dem Münzstoff wechselt. Als Folge davon z. B. Metallgeldhamsterei.

Die Überflutung mit papierenen Zahlungsmitteln, der wir z. Zt. ausgesetzt sind, hat das genannte Wertverhältnis von 20 Goldmark = 500 Papiermark gezeitigt.

Werfen wir jetzt erneut die Frage nach der Währung auf, so können wir eins bestimmt sagen: Von der Münzeinheit Mark hängt die Währung nicht im geringsten ab, schon mehr von dem Münzstoff, völlig aber von der Münzmenge. Und weiter ergibt sich, daß die Währungsfrage nicht im Streit um Münzstoffe geführt wird, sondern ihre Lösung nur dann finden kann, wenn es gelingt, eine Form zu finden, **die Zahlungsmittelmenge in ein entsprechendes Verhältnis zum Warenangebot zu bringen.**

Soll die Möglichkeit eines solchen Eingriffes erwogen werden, so sind **erstens die Arten von vorhandenen Zahlungsmitteln festzustellen, zweitens die rechtlichen Verhältnisse zu beleuchten, drittens ist die günstigste Lösung zu suchen.**

An Zahlungsmitteln sind vorhanden: Gold-, Silber-, Nickel-, Kupfer-, Papiergeld und — da sie unabhängig von den ersteren jederzeit als Käufer auftreten können — sämtliche Bank- und Postscheckguthaben.

Dem Einfluß des Staates unterliegen von diesen Geldarten nur die wenigsten, nämlich das Silber-, Nickel- und Kupfergeld. Die Mengen, in denen diese dem Verkehr übergeben werden, unterliegen jeweilig der gesetzlichen Festlegung. Ihr „Gehamstertwerden" kann durch den Staat allerdings nicht verhindert werden. Da es sich nur um verhältnismäßig kleine Summen handelt, bleibt dies ohne Einfluß auf die Gestaltung des Geldwertes.

Eine Begrenzung der Ausprägung von Gold in Münzen besteht nicht. Das Reichsbankgesetz übersieht die Bedeutung der Münzmenge, welche ihr hier beigemessen wird, völlig. § 14 des Gesetzes lautet: Die Reichsbank ist verpflichtet, Barrengold zum festen Satz von 1392 M. für das Pfund Fein gegen ihre Noten umzutauschen. Die Bank muß also jede Goldmenge zu Zahlungsmitteln machen, indem sie das Gold in Papiergeld verwandelt, fußend auf seinen Münzeinheitswert (1 Pfund Gold = 1392 M.). Weiter kommt hinzu, daß Münzzwang für die „königliche" Münze besteht. Ein jeder, der sich im Besitze von Gold befindet, ist berechtigt, dessen Ausprägung in Zahlungsmitteln zu fordern. Die Menge des vorhandenen, umlaufenden und daher als Käufer auftretenden Goldgeldes ist und war also niemals begrenzt. Vielleicht schwebte dem Taufvater des Reichsbankgesetzes, Bamberger, etwas derartiges vor, wenn er das Gold zum alleinigen Zahlungsmittel machte, dann hätte er aber nicht gleichzeitig die Banknote einführen dürfen*.

Das Papiergeld erschien vor dem Kriege in Gestalt von Banknoten und Reichskassenscheinen. Die Ausgabe der letzteren hat das Reich voll in der Gewalt. Die Banknoten werden von der Aktiengesellschaft „Reichsbank" auf Grund einer durch Gesetz vorgeschriebenen Verhältniszahl, die sich auf die in den Kellern der Reichsbank befindlichen Goldmengen bezieht, verausgabt. Es sollte der Gesamtsumme der verausgabten Noten mindestens ein Drittel in Gold gegenüberstehen. Im übrigen besagt § 16 des Bankgesetzes:

„Die Reichsbank hat das Recht, nach Bedürfnis ihres Verkehrs Banknoten auszugeben."

Die Ausgabe richtet sich also nach den Interessen der Reichsbank. Sie wird von ganz anderen Erwägungen beeinflußt, als der für die Allgemeinheit überhaupt bedeutungsvollen: Zahlungsmittel und Warenmenge in ein richtiges Verhältnis zueinander zu bringen. Maßgebend für die Notenpolitik der Reichsbank ist:

1. Wahrung der $^1/_3$-Golddeckung;
2. Regulierung der Kreditbedürfnisse durch den Diskont.

Solange einerseits die Golddeckung und mit ihr der Wahn, der in dem Glauben an sie liegt, nicht gefährdet war, andererseits der Zinsfuß den Interessen der internationalen Geldmächte zusagte, erfüllte die Reichsbank (Aktiengesellschaft) ihre Pflicht — gegenüber ihren Aktionären —, d. h.

* Die Banknote wurde erst auf Vorschlag der Bankenquete von 1908 gesetzliches Zahlungsmittel. Wie bewandert die Herren Sachverständigen der Enquete in „Geldfragen" waren, zeigt sich daraus, daß sie ihr Erstaunen darüber zum Ausdruck brachten, zu hören, die Banknote sei nicht gesetzliches Zahlungsmittel, wie sie angenommen hätten. (Helma, Bankenquete 1908.)

Kommilitonen!

Die Akademische Vereinigung im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund

wird in die bevorstehenden Wahlen der Studentenausschüsse an der Universität und der Technischen Hochschule durch Aufstellung **eigener Kandidatenlisten** eingreifen.

Die Zeit, seit dem schändlichen Ausbruch der Judenrevolution bis jetzt, hat mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß das Deutschtum auf den Hochschulen immer mehr zurückgedrängt und ausgerottet werden sollte. Dem gilt es nun endlich einen Riegel zu setzen. Die Kandidaten, welche die Akademische Vereinigung aufgestellt hat, verbürgen dafür, daß die Forderungen rücksichtslos und mit aller Kraft genannt und zur Durchführung gebracht werden. Wir bitten alle deutschblütigen Kommilitonen und Kommilitoninnen, uns in unserem bevorstehenden schweren Kampf rückhaltlos unterstützen zu wollen. Wir werden unsere Tätigkeit hauptsächlich nur auf ein bestimmtes, abgegrenztes Gebiet, auf dieses aber mit aller Macht konzentrieren.

Heraus aus dem jüdischen Morast, das reine Deutschtum zu Ehren!

Das sei der Leitstern unseres gesamten Tun und Handelns.

Kampftruppe wollen wir im Asta sein!

Und unsere Ehre werden wir darein setzen, aus den deutschen Hochschulen den jüdischen Einfluß, gehe er von Lehrern oder von Studenten aus, zu bannen, den deutschen Gefühlen und dem deutschen Geiste zum Siege zu verhelfen. Schutz wollen wir den deutschen Professoren und den deutschen Studierenden, gleich welchen Hoheitsstaates sein.

Die „Ausländerfrage" wollen wir endgültig auf Grund des Rasseproblems zur Lösung bringen.

Kommilitonen deutschen Blutes! Vertretet überall unsere Aufrufe und sorgt für unseren Sieg! Unsere Liste für die Universität beginnt mit dem Namen **Braßler**, die für die Technische Hochschule mit dem Namen **Salomon**.

gegen jene internationalen Geldmächte. Irgendwelche Rücksicht auf die Währungsverhältnisse, in dem Sinne, wie er hier in Rede steht, wurde nicht genommen.

Während des Krieges trat zu den Banknoten und Reichskassenscheinen noch der Darlehenskassenschein und damit hörte jede Einschränkung in der Ausgabe von Zahlungsmitteln auf. Solange die neu entstehenden Zahlungsmittel auch dem Verkehr der besetzten Gebiete dienten, übten sie auf den Geldwert keine schädigende Wirkung aus. Die Teuerung erstand vorerst nur durch Warenknappheit (Zwangswirtschaft, Z.E.G.). Erst vom November 1918 ab, als mit der zurückflutenden Armee auch die Papiergeldmenge ins Inland strömte, machte sich die Überschwemmung mit diesen gefahrbringend fühlbar und die Katastrophe für den Geldwert brach herein. **Die Ausgabe der Darlehenskassenscheine richtete sich ausschließlich nach dem „Geldbedürfnis" — eine Schraube ohne Ende.**

Als weitere Zahlungsmittel sind oben genannt die Guthaben auf Bank- und Postscheckkonto. Sie stellen den Hauptblock aller Zahlungsmittel dar. Die Eigenschaft eines solchen erhalten sie dadurch, daß sie vermittels Brief oder Scheck von Konto zu Konto überwiesen werden können.

Ein Einfluß des Staates auf die Bankguthaben besteht nicht. Besonders bemerkenswert ist, daß es völlig in die Hände der Leiter der Großbanken gegeben ist, jederzeit Bankguthaben zu schaffen. Die Manipulation, der man sich dabei bedient, ist folgende:

Von zwei einander nahestehenden Bankinstituten zieht das eine einen Wechsel auf das andere und gibt diesen dann mit eigenem Giro versehen an die Reichsbank, die ihn prompt diskontiert. Geld entsteht nach Belieben der Herren Bankdirektoren. Folglich ist so lange an keine wirkungsvolle Währungspolitik zu denken, als nicht die Bankguthaben durch Verstaatlichung der Banken in die Hände des Staates gelangen.

Eigenart eines Bankguthabens wird es in der Regel nun sein, daß es jeglicher materiellen Sicherung, wie z. B. die Reichsbanknote, entbehrt und entbehren kann. Das Guthaben, oder anders gesagt — und damit klärt sich die Sachlage erheblich — die Forderung an die Staatsbank wird, da sie Hauptzahlungsmittel, Grundlage des Zahlungswesens. Dies löst sich von der materiellen Fessel — Goldwährung — und hebt sich auf die Stufe des reinen Wertbegriffes. Die weiteren Folgen sind dann:

Die Forderungseinheit Mark erhält dadurch ihren einseitig fest begrenzten Wert, daß sie der milliardenste Teil der gesamten in staatlicher Hut befindlichen Forderungen darstellt, wie der Meter den 10millionsten Teil des Erdquadranten.

Das Zahlungsmittel — Geld —, sei es nun aus Gold, Silber, Papier, verliert als Währungsfaktor völlig seine Bedeutung. Geld wird zum Träger der Forderung durch den Verkehr von Konto zu Konto.

Die Leitung der Staatsbank muß also unter anderem darauf sehen, daß die Gesamtsumme aller Forderungen, d. s. die auf Konto befindlichen und die umlaufenden, stets gleich groß bleibt. **Dazu gehört vor allem Ausschaltung jeder Zinsrechnung.**

Die Beeinflussung des Geldwertes, soweit er sich durch Geld- und Warenangebot bildet, hat in der Weise stattzufinden, daß der Staat bei Warenüberfluß reichlich Kredite gewährt, bzw. als Auftraggeber auftritt oder umgekehrt, bei Waren-, insbesondere Kornmangel infolge schlechter Ernte, den Geldumlauf hemmt.

Alle staatlichen Maßnahmen — zum Abbau der Preise — werden jedoch fruchtlos sein, wenn nicht durch die Zurückhaltung jedes Einzelnen die Menge des als Käufer auftretenden Geldes eingedämmt wird. Bisher versuchte man durch eine Höchstpreispolitik den Geldwert zu festigen. Schleichhandel war die Folge davon. Eine Zurückhaltung im Kaufen wird nicht durch Zurückstoßen des Geldes mit Höchstpreisen erzielt, also vermeintliche Erschwerung des Ausgebens, sondern durch Erschwerung des Einnehmens. **Hierzu gehört vor allem die Verhinderung der Möglichkeit jedweden mühelosen Einkommens, wie es durch den Zins entsteht. Eine höhere Wertschätzung jeglichen Geldes muß erzielt werden; es stelle eine erdiente, nicht geschenkte Forderung dar.**

Soziale Reform — Geldreform — Währungsreform — stehen in engster Wechselwirkung zueinander.

Ohne Lösung der Zinsfrage keine Lösung der sozialen Reform, der Geld- und Währungsreform.

Guido Roeder.

Baltikum „verbrecher".

„. . . Wir haben die Revolution nicht gemacht, um das blutige Landsknechtregiment heute wieder anzuerkennen. Wir verhandeln nicht mit Baltikumverbrechern!"

So schließt der erste Absatz der Generalstreikproklamation der Mehrheitsparteien der deutschen Republik unter dem Kabinett Bauer. Derartiges wird also von Partei und Regierungs wegen dem deutschen Volke gleich einem Dogma egoistischer Parteidoktrin aufgeimpft. Und dasselbe Volk, dessen Söhne fünf Jahre lang für ihr Dasein litten und bluteten, dasselbe Volk leiht diesem törichten Phrasendrusch leider nur allzu williges Gehör und hämmert unablässig auf den letzten Nagel zu seinem eigenen Sarge.

Ich selbst bin nach dem vernichtenden Urteil des eingangs zitierten Phrasendreschers ein Baltikumverbrecher. Und zwar deshalb, weil ich mit demselben deutschen Idealismus, der mir schon als Schuljunge an der französischen Grenze Steinwürfe fanatisierter welscher Gassenjungens eintrug, von 1914 bis zum bitteren Ende in Ost und West den leider zu spät durchschauten aussichtslosen Kampf gegen das Weltfreimaurertum vom Schlage Poincaré und Wilson — „Berliner Tageblatt" und „Vorwärts" mitmachte. Weil ich ferner mit demselben ungebrochenen deutschen Idealismus Anno 1919 nach Verlust meiner elsaßlothringischen Heimat, meiner Familie, nach Verlust von Hab und Gut und Beruf, das Land der baltischen Deutschen aufsuchte, um den letzten Rest ostdeutscher Kultur gegen die Überflutung bornierter, bolschewistisch-sadistischer Horden zu retten.

Was für Engel dagegen jene waren, auf deren Gefolgschaft die Generalstreiksmanifestler angewiesen sind, geht aus der interessanten Tatsache hervor, daß ein Viertel der reichsdeutschen Ersatzmannschaften aus den baltischen und russischen Verbänden wegen gemeiner Verbrechen mit gefüllter Rubeltasche desertierten — ein Viertel laut Steckbrief arretiert wurden — ein Viertel wegen allerhand Kavalierkrankheiten die Lazarette bevölkerten. — Und der Rest? Das waren wir Baltikumverbrecher, die wir unter ehernem russischen Kriegsgesetz standen und aushielten, wogegen jene Engel, in die Heimat gelangt, die baltisch-deutsche Sache diskreditierten.

Jene waren Helden — wenn es galt, dem ahnungslosen lettischen oder litauischen Bauer unter Verneinung jedes menschlichen Gefühls für Recht und Sitte den gestohlenen Revolver auf die Brust zu setzen, während die Komplizen die Pferdeställe leerten und dann auf Nimmerwiedersehen verschwanden, um irgendwo in der Nähe des Vorwärts- oder Ullsteinhauses — oder einer westfälischen Zeche als Grandseigneurs aufzutauchen — auf Deutschlands Sargdeckel Foxtrott zu tanzen.

Jene waren Helden, wenn sie — einmal erwischt — vor den Gewehrläufen des Exekutionspelotons um Gnade winselten, in die Grube — getragen werden mußten . . .

Helden! Gleich denen, die es vorzogen, jahrelang in Holland oder in der Schweiz für ihre „Überzeugung zu schmachten", um am 9. November 1918 unter Liebknechts Augurium ihren Deserteurrat zu gründen, sich von der deutschen Republik die „rückständige" Löhnung als Deserteure auf Heller und Pfennig auszahlen ließen; während wir aus dem jüdischen Geld- und Weltschlamassel „übrig gebliebene" Verbrecher im Herbst 1919 durch Noskes Erlaß für vogelfrei erklärt wurden!

Generalstreik! Kann diesem Volk etwas Erwünschteres kommen, da sie sich auf ihren baltischen Lorbeeren ausruhen, von ihren baltischen „Renten" leben?

Und die darbende Arbeiterschaft? Das frierende Bürgertum? Der schwindsüchtige Mittelstand?

Generalstreik! Warum? Wegen einiger Baltikumverbrecher? Die Partei hat ihn befohlen, die Regierung hat ihn gutgeheißen. Warum? Bringt er doch unser Vaterland einen guten Schritt näher der Verwirklichung der materialistisch-freimaurerischen Weltrepublik. Vorwärts, ihr Helden! Blast mit vollen Backen euern bolschewistischen Wind in die aufgeblähten Segel des deutschen Staatsschiffes! Steuermann, halte den rechten Kurs, der dich schon einmal nach — Versailles geführt hat!

Wir wollen jedoch vorher aussteigen — wir, die Baltikumverbrecher.

R. L.

Jüdischer Luxus.

Dem Kriegswucheramt München ist am 6. März folgendes Schreiben übergeben worden:

„**Lessingstraße** 10/I wohnt der Stoffhändler **Sigmund Künstler**, geb. 3. 7. 65 zu Kaubenheim, und dessen Ehefrau Rosalie, geb. am 17. 2. 77 hier, deren Tochter Margarete Babette, geb. 14. 1. 1900, im November, Dezember 1919 und Januar 1920 allwöchentlich jüdische Hausbälle besuchte, wo es reichlich besetzte Tafeln gab.

Die erwähnte **Familie Künstler** gab ebenfalls am 14. 1. 20 und am 11. 2. 20 je einen Hausball bzw. Gastmahl — mit Tanz, wozu jeweils 30 bzw. 20 Gäste geladen waren. Zur Bewältigung der reichen Tafeln, Herstellung der vielen Torten, Schokoladekuchen und Plätzchen, Weißbrote und Perches usw., Fleischspeisen usw., war außer der ständigen Köchin noch eine **Gewerbskochfrau, Marie Baldauf**, hier, Schubertstr. 8/III, Teleph. 52885, engagiert, woraus sich die Üppigkeit und Reichhaltigkeit des Festes eo ipso ergibt.

Nach meiner Information war das Kriegswucheramt von den Festen rechtzeitig verständigt, doch wurde die Suchung verspätet, nach vier Wochen, vorgenommen und da nur oberflächlich, als nach Aussage der Köchin nur ein Topf mit Schmalz angesehen, dagegen die nebenstehenden gefüllten Behältnisse gar nicht beachtet wurden. Daneben standen zwei volle Schmalztiegel! — — —

Bei der gegenwärtigen allgemeinen Nahrungsmittelnot wirken derartige Vergnügungsfeste mehr als aufreizend, um so mehr, als tausende Familien, Arbeiter und kleine Beamte nicht einmal das karge tägliche Brot haben und die bittersten Entbehrungen leiden müssen und **Viehkleie**, Dotschen und dergleichen Dreck geboten bekommen, während Schlemmer und Schieber an überladenen Tischen sich mästen — wie die Garmischer Vorgänge zur Evidenz ergeben haben! — Ein Skandal! — Auf der einen Seite darbende Arbeiter, Beamte und hungernde Kinder, auf der anderen Prasser und Kriegsgewinnler, deren zügellose Vergnügungssucht und luxuriöse Lebensweise längst zum öffentlichen Ärgernis geworden ist und tiefe Erbitterung und berechtigten Unwillen im Volke erregt hat. Bei diesem ebenso schmachvollen wie schamlosem Treiben einer gewissen Gruppe (Garmisch usw.) ist die Empörung der Bevölkerung wahrlich verständlich, denn Bolschewismus ist — Hunger!

Eine Kontrolle der Pakete (Wohnungs- und Geschäftsadresse!) wird zweifellos diese Schiebersendungen bestätigen. Verwandte sind **Pettenkoferstr.** 21/0I.

Im Interesse meiner notleidenden Mitmenschen erachte ich es als Pflicht, die zuständigen Behörden auf dieses unerhörte Gebaren aufmerksam zu machen, damit endlich mit eiserner Hand zugegriffen wird."

Man sollte nun meinen, daß das Kriegswucheramt mit aller Strenge eingeschritten wäre. In dieser Beziehung aber ist uns genau das Gegenteil berichtet worden. Eine Haussuchung wurde in oberflächlichster Weise vorgenommen. Das Kriegswucheramt hat ja viel notwendigere Dinge zu tun, als den Juden auf die Hühneraugen zu treten. Es müssen bei jedem Zug, der am Ost- oder am Hauptbahnhof einläuft, ein halbes Dutzend Beamte aufgestellt werden, um aufzupassen, ob nicht etwa ein armer Teufel in seinem Rucksack gar zuviel Brot oder Kartoffeln oder ähnliche feine Sachen mit nach Hause schleppen will. Es ist doch nun einmal so, daß man sich heutzutag sogar Brot und Kartoffeln hamstern muß. Natürlich gilt das nur für den kleinen Mann. Den Juden wird alles „frei ins Haus" gebracht. Wer erlebt hat, mit welch haarsträubender Ungeschicklichkeit die Beamten des

---

Eine zeitgemäße Urkunde.

Daß es schon vor 70 Jahren weitschauende und um das Wohl ihres Volkes besorgte Männer gegeben hat, die die Gefahr des Judentums klar erkannt haben, beweist die nachstehende Eingabe an die Kammer der Reichsräte in München aus dem Jahre 1849, die wortwörtlich einer handschriftlichen Urkunde aus dem Germanischen Nationalmuseum zu Nürnberg entnommen ist. Auch damals mag es, wie heute, Beschränkte und Verzagte gegeben haben, die jeden Warner als unvornehm, unchristlich, unfein, kurzum als „antisemitisch" und „reaktionär" bezeichneten und so mithalfen, ihr Volk immer mehr der Not und Verknechtung auszuliefern. Der Wortlaut der Eingabe ist folgender:

Regenstauf, am 27. Dezember 1849.

Hohe Kammer der Reichsräthe!

„Mit Freuden haben wir den heurigen Landtag begrüßt, weil auf demselben eine conservative Majorität in der Kammer der Abgeordneten sich zu gestalten schien. Leider aber sahen wir uns hierin bald bitter enttäuscht. Die Verhandlungen über die Vaterlandsverräther der Rheinpfalz zeigten uns nur zu deutlich, daß jener Geist bey der Mehrheit der Abgeordneten Platz gegriffen, der unter dem Lockrufe: „Freiheit, Humanität usw." jede gesetzliche Ordnung untergräbt und an ihre Stelle Aufruhr, Mord, schrankenlose Willkür und Tyrannei setzt. Dieser verderblichen Geistes-Richtung ist auch jenes berüchtigte Amnestiegesetz zuzuschreiben, wornach die Haupträdelsführer der Revolution ungestraft ausgehen sollten, um neuerdings die Blutfahne der Demokratie aufzupflanzen. Doch die hohe Kammer der Reichsräthe hat dagegen sich erhoben, wofür wir Ihr hiemit den Dank aller ehrlichen Leute bringen mit der Bitte auf Ihrem Beschlusse standhaft zu beharren."

„Hat die Kammer der Abgeordneten in dem Amnestiegesetze die Gerechtigkeit verletzt, so hat sie es noch mehr in den Gesetzentwürfen, wodurch die Juden den Christen in jeder Beziehung gleichgestellt werden sollen."

„Wie, fragen wir, weiß man nicht, wer die Juden sind? Kennt man ihre Religion, ihre Politik, ihren Charakter, ihre Geschichte so wenig, um nicht einzusehen, daß durch eine Emancipation im Sinne der Abgeordneten-Kammer dem theuren Vaterlande unendliche Wunden geschlagen, dasselbe an den Rand des Verderbens gebracht wird? „Die Humanität fordert die Emancipation", ruft man uns zu."

„Ihr christlichen Brüder in der Abgeordneten-Kammer, wenn ihr so human gegen die Juden seid, so seid es doch gegen uns auch! — Befreiet uns von ihrem **Wucher**, dem schon Unzählige und ganze Familien als Opfer gefallen; befreit uns von ihrem **Schacher**, wogegen der Kaufmann in kleinen Städten und Märkten nie aufkommen kann und wodurch der Landkrämer an Bettelstab kommt; befreit uns von dem Privilegium, das sie als **Güterzertrümmerer** zu haben scheinen."

„Schaut an mit euren mitleidigen Augen so viele Dörfer und Gemeinden unseres Vaterlandes, wo Armuth und wieder Armuth und nie endende Noth herrscht. — Wer hat sie hervorgerufen? Der **Jude**, der zuerst Geld geliehen und solange fortgeliehen hat — bis der große Bauernhof sein Eigenthum war, das er nun an zehn und mehr Parteien verschacherte."

„Doch eure humanen Augen haben hiefür keinen Blick — dafür habt ihr kein Herz — es paßt ja nicht für eure Pläne. — **Umsturz muß es geben — dazu braucht man ein glaubensloses, ein armes Volk**, und deßwegen muß der Jude Land-Richter werden, damit das dumme Bauernvolk, welches noch immer an seinem alten „Wahnglauben" hängt, aufgeklärt werde; er muß Regierungsdirector und Minister werden, daß die Schulen und Bildungsanstalten von dem Sauerteige des Ultramontanismus gesäubert werden; und der Jude muß Rentbeamter werden, und Finanzrath und Finanz-Minister, daß das gute Bayernlandl besser ausgebeutelt werden kann."

„Aber — wir lieben unsern Glauben, wir lieben unsern König, wir lieben unser Vaterland zu sehr, als daß wir je dieß zugeben sollten. Nein — unser König darf kein König über Bettler werden — und das Vaterland darf nie die Schmach erleben, daß es seine Kinder an den Thüren der Juden hungernd stehen sieht, und den Glauben, der uns hier und dort zufrieden und glücklich macht, ihn soll Niemand anzutasten wagen."

„Deßwegen verwahren wir uns mit aller Kraft und auf das entschiedenste gegen eine Emancipation im Sinne der Abgeordneten-Kammer, weil wir darin für unsere socialen, religiösen, gewerblichen, staatsbürgerlichen Verhältnisse unendlichen Nachtheil erkennen, und stellen an die hohe Kammer der Reichsräthe, in der soviele edle Männer sind, der Stolz und die Zierde des Vaterlandes, die inständigste Bitte:

„Dieselbe wolle die Juden bleiben lassen, was sie sind: ein fremdes Volk; und ihnen nicht zum Nachtheile der eigenen Kinder Rechte einräumen, die in ihren Händen das Vaterland ruiniren, und deßwegen **der Emancipation der Juden niemals ihre Zustimmung geben.**"

„Mit ausgezeichneter Hochachtung geharren die Einer Hohen Kammer der Reichsräthe ergebensten Mitglieder des Vereins für const. Monarchie und religiöse Freiheit zu Regenstauf:

J. B. Kuffner, Vorstand.

Hopfner Jos. **C. Kaius** Sebast. **Kopp.**

In Regenstauf 155 Unterschriften
in Diefenbach 53 Unterschriften am 30. Dezember 1849
in Zeitlarn 65 Unterschriften am 2. Jänner 1849 (soll heißen 1850.")

Was damals befürchtet wurde, nämlich „dem theuren Vaterlande" würden durch die Juden-Emanzipation „unendliche Wunden geschlagen, dasselbe an den Rand des Verderbens gebracht", ist heute zur furchtbaren Wahrheit geworden. Und die Warner von heute werden, wie damals, verhöhnt und verspottet so lange, bis wir schließlich völlig im bolschewistischen Blutsumpfe erstickt sind.

Deutsche Volksgenossen! Seid ihr blind oder seid ihr wirklich zu feige, euch endlich aufzuraffen und wieder ein einig' Volk von Brüdern zu werden?

Reproduced from poor material

Kriegswucheramtes vorgehen, der wundert sich nur, daß es nicht schon längst zu Mord und Totschlag gekommen ist. Insbesondere, wenn man dagegen hält, mit welch zarter Nachsicht das Judentum bei Bezug von koscherer Milch, feinstem Weizenmehl und rituellem Zucker behandelt wird. —r.

Wege zur Steuerhinterziehung.

Das Depotgesetz v. Nov. 1919 und die Aufhebung des Bankgeheimnisses hat die Großkapitalisten und Kriegsgewinnler andere Wege gewiesen, die Steuern zu hinterziehen. An der Joh. Clanzestraße in Sendling z. B. befindet sich ein großer Holzlagerplatz. Der Wert der dort aufgestapelten Holz-Schnittware (Bohlen, Dielen, Bretter usw.) dürfte mit 1 Million Mark nicht zu hoch gegriffen sein. Es ist lauter abgelagertes Holz aller Gattungen und Sortimente. Die Eindeckung dieses Holzes liegt sicher einige Jahre zurück in einer Zeit, wo das fm Blochholz loco Wald mit 25—50 Mark bezahlt wurde. Heute kostet das fm loco Wald 500—800 Mark. Es kann sich nun jeder ausrechnen, was die Firma beim Verkauf für Gewinne einsteckt, nachdem heute schon Ausschußbretter mit 12—14000 Mark pro fm bezahlt werden. Wer kontrolliert nun diese Lagerplätze und dieses Geschäftsgebaren. Unsere Steuerbehörde in ihrer jetzigen Aufmachung ist nicht imstande, diesen gewiegten Geschäftsleuten die Spitze zu bieten. Das Geld wird einfach heute von den Kapitalisten und Wucherern in Waren wie: Holz, Juwelen, Gold und Silber, wertvollen Gemälden, Teppichen usw. angelegt und bei Gelegenheit verschoben. Der Steuerbehörde bleiben große Werte verborgen, d. h. werden nicht entsprechend versteuert. Es ist schon nötig, daß in jedem Stadtteil Kommissionen (zusammengesetzt aus allen Ständen) gebildet werden, die den Schleichwegen der Hrn. Kapitalisten und Wucherer nachspüren und deren entsprechende Besteuerung veranlassen. Prämien sollten ausgeworfen werden für Entlarvung von Wucherern, die sich den öffentlichen Lasten entziehen.

Judenschutz beim Umsturz.

Nicht umsonst sind bei den Bruderkämpfen im Rheinland die Juden als Führer tätig. Sie benutzen diese Gelegenheit, um den verhaßten „Schutz- und Trutzbund“ unter die Knute zu bekommen, wie nachstehende in der „Bottroper Volkszeitung“ Nr. 66 vom 29. März 1920 befindliche Bekanntmachung beweist:

„Warnung.

In letzter Zeit ist wiederholt beobachtet worden, daß von gewissenloser Seite unter dem Deckmantel „Deutscher Schutz- und Trutzbund“ Judenhetze getrieben wird und Judenpogrome vorbereitet werden.

Der Vollzugsrat erblickt in dieser schmutzigen Kampfesweise nicht allein eine Hetze gegen die Juden, sondern vor allen Dingen eine solche gegen den Sozialismus und aus den daraus entstehenden Unruhen eine Gefahr für die Bevölkerung.

Wir warnen jedermann, derartige Zettel anzukleben oder zu verbreiten. Wir bitten die gesamte Einwohnerschaft, insbesondere die Geschäftswelt, jeden diesbezügl. Fall sofort dem Vollzugsrat zur Anzeige zu bringen.

Geschäfte, Gastwirtschaften und Cafés, wo man in heimlicher Weise derartige Zettel anklebt, haben dieselben unverzüglich zu entfernen, da diese Machinationen mit darauf hinauslaufen, die Bevölkerung aufzuwiegeln und Unruhe zu stiften.

Wir werden jeden uns gemeldeten Fall aufs genaueste untersuchen und die Täter aufs schwerste bestrafen.

Unsere Wachmannschaften haben strenge Anweisung, jeden dieser Missetäter zu verhaften und dem Revolutionstribunal zur Verurteilung vorzuführen.

Bottrop, den 29. März 1920.

Rhone. Rasch.“

Kleine Nachrichten.

Kriegsgefangenen-Heimkehr für Bayern. Seit Beginn dieses Jahres ist von der Kriegsgefangenen-Heimkehr München ein Genesungsheim für erholungsbedürftige Heimkehrer in Fischbach am Inn eingerichtet. Dieses Heim ist geschaffen, um den heimgekehrten Kriegsgefangenen die Möglichkeit zu geben, sich kostenlos, frei von dem Betrieb der Großstadt wieder die Kräfte und Schaffensfreude zu erwerben, die nötig ist, um am Wiederaufbau des Vaterlandes teilnehmen zu können.

Anmeldungen hierfür werden erbeten bei der Kriegsgefangenen-Heimkehr für Bayern, München, Ludwigstr. 14, 2. Eingang, 3. Stock, Zimmer 17. Bureauzeit von ½9—3 Uhr.

Deutschnationaler Volksverein München. Öffentliche Versammlung am Mittwoch, den 21. April 1920, abends 8 Uhr, im großen Saale des Hofbräuhauses am Platzl. Der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Prof. Dr. Hilpert, spricht über die Lehren der letzten Wochen.

Die Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft München veranstaltet am Dienstag, den 20. April 1920, abends 7½ Uhr, im Löwenbräukeller (Stiegelmayrplatz) einen Vortrag des Dichters und Schriftstellers Wilhelm Kotzde. Das Thema lautet: „Die Vergeltung des deutschen Volkes.“

Eintritt haben nur Mitglieder jener Körperschaften, die der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft angegliedert sind und außerdem noch durch solche eingeführte Gäste.

Zur Deckung der Unkosten werden 50 Pfennig Eintritt erhoben.

Kassenöffnung 6½ Uhr.

Als Ausweis gilt Mitgliedskarte oder Beitragsquittung.

Wir machen alle unsere Leser auf diesen bedeutsamen Vortrag aufmerksam und fordern sie auf, möglichst zahlreich zu erscheinen.

Der Reichshammerbund (Ortsgruppe München) veranstaltet am Mittwoch, den 21. April, abends 7½ Uhr, in den Räumen der Thulegesellschaft (Hotel Vier Jahreszeiten, Marstallstr. 3. Eingang) eine Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Rechnungslegung, 3. Soll der Reichshammerbund aufgelöst werden?, 4. Anträge und Wünsche.

Tirol in Not! Immer deutlicher zeigt sich die entsetzliche Wirkung des Schmachfriedens, immer unglücklicher wird das Volk, indem es seine Lage zu begreifen beginnt, und es liegt nun an uns diesem Volke zu helfen, trotzdem wir selbst der Hilfe bedürfen. Das kerndeutsche Südtiroler Volk schmachtet unter dem Druck seines Vergewaltigers, welcher die Verwelschung mit aller Macht durchzusetzen gedenkt. Die Südtiroler wissen, daß die Hilfe von Norden kommen wird und harren der Erlösung. Ebenso unglücklich fühlt das Nordtiroler Volk, wo eine unbeschreibliche Not an allem Lebensbedarf herrscht. Münchner! helft dem bedrängten Land, unterstützt die Veranstaltung, welche zugunsten eurer zweiten Heimat am 21. April im Bayrischen Hof stattfinden wird. Hört auch die Worte des Innsbrucker Schriftstellers H. v. Schullern, Obmann des Andreas-Hoferbundes für Tirol, der unter andern an diesem Abend sprechen wird. Die Sympathie im Künstlerkreis ist so groß, daß wir als Mitwirkende mit Freuden zu nennen haben: Frl. H. Hirn, Kammersängerin, Hrn. Dr. E. Schipper, Kammersänger, Hr. Prof. A. Petschnikoff, Hr. Konzertmeister M. Raucheisen. Karten im Vorverkauf in der Musikalienhandlung Bauer, Maximilianstraße 5 (Fernruf 20509).

Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft München

Am

Dienstag, den 20. April 1920, abends 7½ Uhr

im **Löwenbräukeller** (Stiglmaierplatz)

Vortrag

des Dichters und Schriftstellers **Wilhelm Kotzde**

Die Erhaltung des deutschen Volkes

Eintritt haben nur Mitglieder der der „Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft“ angeschlossenen Körperschaften und durch sie persönlich eingeführte Gäste.

Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft München (Alldeutscher Verband / Christlich-soziale Bürgervereinigung / Deutsche Arbeiterpartei / Deutschbund / Deutsche Bürgervereinigung / Deutsche Schwesternschaft / Deutscher Wehrverein / Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband / Deutschnationaler Volksverein Südbayern / Deutschsozialistische Arbeitsgemeinschaft / Deutschvölkische Burschenschaft Germania / Deutschvölkischer Bund [illegible] / Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund / Reichshammerbund / Thulegesellschaft).

Der Ausschuß.

Zur Deckung der Kosten: Eintritt 50 Pfg. / Kassenöffnung 6½ Uhr

Als Ausweis dient Mitgliedskarte oder Beitragsquittung.

Aus der Bewegung.

Aus Nürnberg. Die Tätigkeit des Nürnberger „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ scheint den Hebräern recht unangenehm geworden zu sein, denn das „Jüdische Echo“ Nr. 11 vom 12. März 1920 bringt einen mehrere Spalten füllenden „Nürnberger Brief“, aus dem wir einige der interessantesten Stellen bringen:

„Das jüdische Leben in Nürnberg oder vielmehr die Beschäftigung der Nürnberger mit Juden und Judenfrage ist recht lebhaft. Wir sind schon nachgerade die Plakate des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes gewohnt, die zu Versammlungen auffordern, in denen den Juden die Schuld an allem Möglichen und Unmöglichen gegeben wird: am Tiefstand der Valuta, am Untergang des Reiches, an der Wohnungsnot. Ernster ist es schon, wenn z. B. die Metallhandwerker an den Säulen verkünden, daß „zumeist galizische Juden“ das Gold und Silber aufkaufen und daß man es lieber den Einheimischen zuwenden solle, da auch sie die höchsten Preise zahlten.“

Über eine anscheinend gelungene Versammlungssprengung wird berichtet:

„Überhaupt geht die antisemitische Woge hoch. Noch scheint sie sich zwar an der Masse der organisierten Arbeiterschaft zu brechen. Die mehrheitssozialistische „Fränkische Tagespost“ berichtet unter der Überschrift ‚Ein böser Reinfall‘ über die Versammlung einer von den Antisemiten propagierten ‚deutschsozialistischen‘ Partei u. a.: ‚Der Saal war gefüllt von Mitgliedern der M. S. P. und U. S. P. Als Referent war der frühere, rühmlichst bekannte Kommunist Veith erschienen, der weiter nichts wollte, als eine wüste antisemitische Hetzrede vom Stapel zu lassen. Aber nur eine Viertelstunde ließen sich die anwesenden Genossen dieses grausame Spiel bieten.‘“

Dieser Brief des „Jüdischen Echo“ muß doch selbst dem Blindesten aus den Kreisen der Nürnberger Sozialdemokraten und Unabhängigen zeigen, wessen Geschäfte sie besorgen.“

Unterm Scheinwerfer.

Aufforderung zum Denunzieren!

Im „Nördlinger Anzeigenblatt“ vom 2. März 1920 fand sich eine große Bekanntmachung des dortigen jüdischen Zentralvereins mit der Überschrift: „Belohnung!“ Darin fordert der jüdische Zentralverein mit talmudischer Gerissenheit öffentlich zur Denunziation auf und belohnt obendrein den Denunzianten noch mit 300 M. In Nördlingen wurden nämlich Flugblätter der Ortsgruppe München des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes verteilt und angeklebt. Warum? Weil uns die dortige Presse nicht zur Verfügung steht, weil wir so das betörte, belogene und betrogene Stadt- und Bauernvolk nicht aufklären können und deshalb auf das Mittel der Flugblätter greifen müssen. Wie schrieb doch Goethe? „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“ Noch größere, feigere und gemeinere Lumpen sind aber diejenigen, welche hierzu auffordern. Die Gemeinheit steigert sich, wenn sie von Menschen ausgeht, die sonst heilige Unschuld beteuern. O ihr Heuchler! Euch und diejenigen, welche denunzieren, wird die gerechte Strafe schon noch erreichen! Ihr Nördlinger aber laßt euch sagen: Verteilt emsig weiter, arbeitet Tag und Nacht, auf daß unserem Volke, auch den blindesten Leuten, die Augen aufgehen, auf daß sie die Gefahr erkennen, ihr vorbeugen und sich schützen können! Verbreitet und schafft und ruhet nimmer, bis unser Ziel, die Brechung der jüdischen Vorherrschaft auf allen Gebieten des Lebens, erreicht ist. Heil!

K. Braßler.

Die Ulmer „Donauwacht“ gegen die Deutschvölkischen.

Über ein Flugblatt, das in Ulm zu Tausenden verbreitet wurde, ist in der mehrheitssozialdemokratischen „Donauwacht“ (Nr. 77 vom 1. April) folgender Herzenserguß zu lesen:

„Antisemitischer Wahnwitz oder reaktionäre Mache?

In den letzten Tagen ist in Ulm wieder ein antisemitisches Pamphlet mit der Unterschrift: ‚Die deutsch-völkische Arbeitsgemeinschaft Ulm‘ verbreitet worden, in dem unter dem Schlagwort: ‚Das Judentum steht vor der Weltherrschaft!‘ die Bevölkerung gegen die Juden aufgehetzt wird. Das ganze Geschimpfe ist so blödsinnig, daß eigentlich niemand darauf hereinfallen sollte. Leider gibt es genug politisch ungeschulte Leute, die alles, was behauptet wird, für bare Münze nehmen. Mit deutschem Geist und deutschem Fühlen und Denken hat das ganze Machwerk, das sich in versteckter Form auch gegen die Sozialdemokratie wendet, nichts, aber auch gar nichts zu tun. Judentum und Bolschewismus werden in einen Topf geworfen, um desto besser gegen beide losziehen zu können. Solche Flugblätter sollen nur bezwecken, der Reaktion Vorschub zu leisten. Offen für die Reaktion einzutreten, wagt man nicht, deshalb wählt man den Weg über den Antisemitismus. Denkende Leute lassen sich durch derartige Manöver nicht irreführen.“

Da Herr Göhring, der Herausgeber des Blattes, ein denkender Mensch ist, hat er es ja nicht weiter nötig, sich mit dem schwerwiegenden, die Juden belastenden Material abzugeben, an dem er sich die Zähne ausbeißen könnte. Es genügt ja schon, wenn er alles als „blödsinniges Geschimpfe“ bezeichnet. Die Trauben, die zu hoch hängen, sind eben dem Herrn Göhring zu sauer! Von dem nachweisbar innigen Zusammenhang zwischen Judentum und Bolschewismus darf er freilich seine Leser nichts wissen lassen, sonst fällt er in Ungnade bei seinen Herren und Gebietern, von denen er ja den Maßstab für „Deutsches Fühlen und Denken“ entlehnt hat. A. M.

Entschließung des deutschen Arbeiterbundes.

Die am 7. April 1920 in Hannover versammelten Geschäftsführer des Deutschen Arbeiterbundes, angeschlossen dem Nationalverband Deutscher Gewerkschaften, mißbilligen als Anhänger einer organischen, friedlichen Entwicklung den Kappschen Staatsstreich ebenso, wie sie die fortgesetzten Versuche der Regierung verurteilen, dem Volke verfassungsgemäße Rechte entziehen zu wollen. Durch den Generalstreik — der ein Verbrechen gegen die Volksgesamtheit war und die Massen in die Arme wildester Anarchie führte — haben die Regierung und ihre Parteien diese große Schuld noch vermehrt und sich mitschuldig gemacht an dem blutigen Bürgerkriege im Ruhrrevier und an der neuerlichen Besetzung deutscher Städte durch französisches Militär.

Immer mehr erweist sich der Glaube an Völkerverbrüderung und Völkerbund als verhängnisvoller Irrtum und als Ursache der heutigen Versklavung und Ausbeutung des deutschen Volkes. Immer deutlicher offenbart sich die sittlich und wirtschaftlich zerrüttende Wirkung des marxistisch-sozialistischen Gedankens, und immer schärfer weisen diese Enttäuschungen großer Hoffnungen und die bitteren Lehren des Generalstreiks auf die dringende Notwendigkeit einer Neuorientierung der deutschen Arbeiter- und Angestelltenbewegung zu einer entschiedenen und freien nationalen Arbeiter- und Angestelltengewerkschaftsbewegung hin, die den Mißbrauch des Streiks zu politischen Zwecken ablehnt und ehrlich eine Volksarbeitsgemeinschaft erstrebt und halten will.

Der Deutsche Arbeiterbund fordert die Arbeiter- und Angestelltenschaft Deutschlands — insbesondere die evangelisch gesinnten Mitglieder der sozialdemokratischen, sogenannten „freien“ Gewerkschaften — auf, die Reihen des Deutschen Arbeiterbundes und der anderen Berufsverbände des Nationalverbandes Deutscher Gewerkschaften nach Kräften zu stärken und dadurch einzutreten in die Reihen der Kämpfer gegen internationale Schwärmerei, gegen Klassenhaß und Klassenkampf von oben und unten, für nationale und sittliche Wiedergeburt und für wirtschaftlichen Wiederaufstieg unseres Volkes.

Nur aus einer national und christlich gesinnten Arbeiter- und Angestelltenschaft, die ein Paktieren mit sozialdemokratischen Klassenkampforganisationen ablehnt, können die Kräfte für einen Wiederaufbau unserer Volksmoral und unserer Volkswirtschaft erwachsen.

Wohin verschwinden die Liebesgaben?

Schon oft wurde die Frage aufgeworfen, wohin denn die vielen Liebesgaben-Sendungen der Schweizer, Holländer, Dänen usw. kommen, da ja das hiesige Christenvolk nichts zu sehen bekommt. Teilweise Aufklärung bietet die Mitteilung einer Oberlehrerin. Am 16. Januar wurden die dänischen Liebesgaben an Schulkinder im Rathaus verteilt. Zum Schrecken und Ärger der Anwesenden befanden sich kaum 10 Prozent Christen unter den Kindern. Fast alle waren Juden. Was nicht in die Hände jüdischer Schleichhändler und Wucherer kommt, das bekommen wenigstens jüdische Kinder.

Junges Ärzteehepaar sucht zum 1. Mai schön möbliertes

Wohn- u. Schlafzimmer

mit Küchenbenützung dreimal die Woche, nicht über 200 Mark. Gefl. Zuschriften unter Nr. 358 an die Anzeigen-Abtlg. d. Bl.

Schrönghamer-Heimdal

KAPITALISMUS

sein Wesen, seine Wirkung und seine Wandlung zum Wohlstande aller

Haas & Grabherr, Verlag, Augsburg

Preis M. 1.— und 10% Teuerungszuschlag, bei Mehrbezug billiger

Der seit einigen Jahren immer vordringlicher werdende Ruf nach Brechung der Diktatur des ewigen Juden, des Symbols des Kapitalismus und der Zinsknechtschaft, ertönt hier aufs neue. Schrönghamer-Heimdal ist einer der wohlbekannten Vorkämpfer dieser Befreiungsidee. Aber es gilt noch Hunderttausenden die Augen zu öffnen über die Wurzeln unseres Elends, deren letzte, folgerichtige Konsequenz der Krieg und der drohende Bolschewismus sind.